

KOMMENTAR

»DREI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

CDU contra Merkel, na und?

Das war doch ein Hammer, der CDU-Parteitag gibt Frau Merkel nur noch eine Zustimmung von unter 90 Prozent, dann stimmt der Parteitag gegen den Vorstandsbeschluss zur doppelten Staatsbürgerschaft und letztlich sagt Frau Merkel sinngemäß, der Parteitag könne beschließen was er will, das habe keine Auswirkung auf ihr Regierungshandeln. So ein Umgang miteinander deutet auf Zerfallserscheinungen in der CDU und nicht auf eine geschlossene Aufstellung für das kommende Wahljahr.

Atomkraft, nein danke!

Das sollte auch und zu allererst für die Ukraine gelten. Dass die Ukrainer ihre maroden Kraftwerke aus ihrem Haushalt nicht sichern und erneuern können, das müsste jedem klar sein. Dass in einem noch immer vom Bürgerkrieg erschütterten Land die Gefahr besonders hoch ist, dass uns demnächst ein altes AKW aus der Sowjetzeit um die Ohren fliegt ist deutlich wahrscheinlicher, als dass Gefahr von einem deutschen Kraftwerk ausgehen könnte. Wo ist die Initiative von unseren Grünen aber auch von Bundesregierung und EU, um diesen Gefahrenherd zu beseitigen?

Eine Zensur findet (nicht) statt

Die Zensur ist ein Herrschaftsinstrument autoritärer Herrscher und Organisationen, die Freiheit des Denkens, Redens und Schreibens einschränken soll. In unserer freiheitlichen Demokratie sind die Presse- und Meinungsfreiheit höchstes Gut und unter Schutz des Grundgesetzes gestellt. Eine Zensur findet also nicht statt? Dennoch gibt es zunehmend eine Form von Ausgrenzung, die man auch als Zensur bezeichnen könnte. Dieses Mal kommt diese Zensur von den Medien selbst. Ob als Rechtspopulist, Ökoradikaler, Nazi, Antisemit, Anti-Amerikanist oder Verschwörungstheoretiker werden Menschen abgestempelt und diskreditiert, weil man eine Diskussion mit Ihnen nicht mehr für lohnenswert hält. Russlandverstehler und Putinverstehler sind Ausgrenzungen, die mir persönlich am häufigsten begegnen. Schlimmster Vertreter dieser von den Mainstream-Journalisten begonnenen Praxis ist die „rechtspopulistische“ „Bild“-Zeitung. Weil General Harald Kujat in einer Talkshow Verständnis für Entscheidungen von Präsident Putin gezeigt hatte, verunglimpfte ihn die „Bild“ als „Kremls General“. Früher hätte man ihm noch geraten: „Geh doch nach drüben!“

Gugl-Hupf 

WÄHLERMANIPULATION DURCH FACEBOOK-LIKES: SO WEIT IST ES NOCH NICHT

Anfang der Woche hat sich der Artikel "Ich habe nur gezeigt, dass es die Bombe gibt" des Schweizer Mediums "Das Magazin" rasant verbreitet. Der Artikel über die Methode des Psychometrie-Forschers Michal Kosinski, die es vermeintlich ermöglicht Wählerprofile anhand der Facebook-Likes zu lesen und dementsprechend passende politische Botschaften zu positionieren, hat Fragen aufgeworfen, ob Datenkonzerne die Macht haben, die Meinung von Bürgern zu manipulieren. Dies sei der Grund für den Wahlerfolg von Donald Trump, auch die Brexit-Kampagne soll von dem Konzern Cambridge Analytica unterstützt worden sein, um erfolgreich zu kommunizieren. Vor allem seien durch Negativ-Campaigning Demokraten gezielt demobilisiert worden sein.

Mittlerweile wurden mehrere kritische Stimmen laut. Zum einen hat Cambridge Analytica auch Ted Cruz unterstützt bevor Donald Trump auf das Tool aufmerksam geworden war. Das Cruz-Lager beendete die Kooperation nachdem die Analysten keine Auskunft über den Arbeitsprozess geben wollten. Ted Cruz hat zudem mit Abstand gegen Trump in den Vorwahlen verloren. Zum anderen hat die Brexit-Kampagne keine Zusammenarbeit mit dem Unternehmen umsetzen können - die Dienstleistung war zu teuer.

Am Donnerstag hat der ehemalige Wahlkampfstrategie für Wählermobilisierung von Barack Obama, Julius Van de Laar, bei einer Diskussion der Initiative "Discussing World Politics" erklärt, dass Bots und Analyse-Tools zwar eine wichtige Rolle spielen, aber man keinen monokausalen Zusammenhang konstruieren darf - Trump habe vor allem gewonnen, weil sein Team es geschafft hat, prägnante und eingängige Botschaften zu formulieren (Make America great again!), wohingegen sich kurz nach der Wahl niemand mehr daran erinnert, wofür Clinton stand oder was ihr Wahlclaim war.

IMPRESSUM

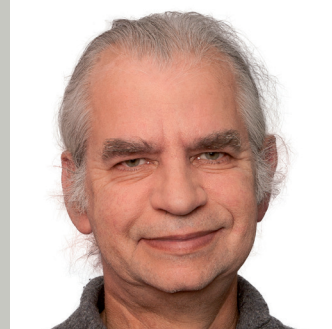
Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29
redaktion@hauptstadt-insider.de ·
www.wiese-consult.com
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B
USt-IdNr.: DE259602002
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow
Telefon 030.810588818
Auflage: 2.000 gedruckte Exemplare
Druck u. Verlag: Mail Boxes Etc. - Versand- u. Büroservice Schneider e.K., Reinhardtstr. 27b, 10117 Berlin
Satz, Layout: Jenny Bogitzky, Wiese Consult
erscheint seit März 2007
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



INSIDER

ATOMAUSSTIEG: ÜBER DAS ENTSCHÄDIGUNGSGERICHTS-URTEIL DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS



Von Hubertus Zdebel, Bundestagsabgeordneter und Sprecher für den Atomausstieg der Fraktion DIE LINKE

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Entschädigungsklagen für den Atomausstieg bestätigt: Der Staat kann handeln und er kann dies entschädigungsfrei tun, wenn er wie im Fall der mehrfachen Nuklear-Katastrophe von Fukushima zu der Erkenntnis kommt, dass es sich bei der „friedlichen Nutzung der Kernenergie um eine Hochrisikotechnologie handelt, die unter anderem mit extremen Schadensfallrisiken und mit bisher noch nicht geklärten Endlagerproblemen belastet ist.“ Das wäre im Sinne einer „Risikominderung“ verbunden mit dem „Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung“ ein „legitimes Regelungsziel“, stellt das Gericht fest - und trägt damit gewollt oder ungewollt auch den Protesten von Anti-Atom-Aktivistinnen Rechnung.

Dass Unternehmen wie Vattenfall und RWE dennoch im Bereich einer hohen dreistelligen Millionen-Summe einen „Ausgleich“ erhalten, basiert auf den - freundlich formuliert - dilettantischen Versäumnissen der ehemaligen rot-grünen Schröder- und der späteren schwarz-gelben Merkel-Regierung. Statt den Ausstieg mit schon damals massiv kritisierten Rest-Strommengen zu regeln, hätten konkrete Abschalttermine für die Atommeiler festgelegt werden müssen. Und auch die Stilllegung der deutschen

Atomkraftwerke nach Fukushima hätte sich problemlos so begründen lassen, dass alle Entschädigungsforderungen von vornherein ins Leere gelaufen wären. Interessant ist: Eine genaue Prüfung des Urteils könnte möglicherweise die Grundlage dafür schaffen, den Atomausstieg nun sogar noch zu beschleunigen, um den „Schutz von Leben und Gesundheit der Bevölkerung“ sicherzustellen. Das Bundesverfassungsgericht spricht auch die bis heute ungeklärte Lagerung des durch die AKWs verursachten Atommülls an. Dass diese bis heute nicht gelöst ist und sich die Probleme in den Zwischenlagern für hochradioaktive Abfälle häufen, könnte als weiterer Grund für die Abschaltung der noch laufenden Atommeiler dienen.

Stattdessen aber planen die Regierungsfaktionen eine gesetzliche Neuregelung bei der Finanzierung der Atommüll-Entsorgung zum Vorteil der Atomkonzerne. Das ist nicht neu, denn die Atomkonzerne haben sich auch schon in den vergangenen Jahrzehnten mit freundlicher Genehmigung der jeweiligen Bundesregierungen auf Kosten der VerbraucherInnen und der SteuerzahlerInnen bereichern können, z.B. bei der bisherigen Praxis der Entsorgungs-Rückstellungen. Neu ist lediglich, dass das jetzt mit Unterstützung der Grünen passiert.

Richtig ist: Es braucht jetzt endlich den von AtomkritikerInnen seit Jahrzehnten geforderten öffentlich-rechtlichen Fonds, um die Milliarden an Rückstellungen der Atomkonzerne zu sichern, bevor sie sich damit aus dem Staub machen. Was aber gar nicht passieren darf ist, dass die AKW-Betreiber - wie von CDU/CSU, SPD und Grünen geplant - von der Verantwortung für die Kosten-Risiken bei der Finanzierung der Atommüll-Entsorgung ein für allemal befreit werden.

Für mich und meine Fraktion gilt: Am Verursacherprinzip darf nicht gerüttelt werden. Ansonsten bleiben am Ende die SteuerzahlerInnen auf dem Atommüll und den Kosten sitzen.

DONALD TRUMPS KABINETT: MILLIARDÄRE & GLOBALISIERUNGSLEUGNER

immer mehr Positionen aus Donald Trumps künftigen Kabinett werden öffentlich: einflussreiche Persönlichkeiten werden die begehrten Positionen besetzen. Finanzminister wird Steven Mnuchin, ein ehemaliger Vorstand von Goldman Sachs, Umweltminister wird Scott Pruitt, welcher ein Befürworter von Energiegewinnung durch fossile Ressourcen ist und zu den Skeptikern der globalen Erwärmung gehört. Für die Rolle des Handelsministers hat Trump den Investor Wilbur Ross ausgesucht. Sein Vermögen wird auf drei Mil-

liarden geschätzt und er spricht sich gegen "schlechte Handelsabkommen" aus und dafür, dass Importe aus China zusätzlich besteuert werden.

Generalstaatsanwalt wird Jeff Sessions aus Alabama. Seine Nominierung als Bundesrichter wurde 1986 wegen seiner eindeutig rassistischen Äußerungen abgelehnt.

Trump Kabinett führt zu Unbehagen unter vielen Unterstützern - er hatte versprochen, eine Regierung ohne "das Establishment" aufzubauen, rekrutiert allerdings auch etablierte Größen aus Politik und Wirtschaft.

WIRTSCHAFT · MITTELSTAND · FINANZEN

WASHINGTON VERKLAGT MONSANTO

Der Bundesstaat Washington verklagt Monsanto, weil der Konzern in früheren Produktionszyklen die giftige Chemikalie PCB hergestellt hat.

Auch an der Westküste unterstützen mindestens acht Städte die Klage. PCB ist seit 1979 verboten, Monsanto hatte Anwohner der Produktionsstätten allerdings nicht über die toxischen Wirkungen und Langzeitfolgen des Stoffes informiert. PCB ist krebserregend und wurde als Weichmacher bei der Isolierung von elektrischen Produkten verwendet. Monsanto war seit 1935 der einzige Produzent der Substanz

und bezeichnet die Klage als unbegründet, da zum Produktionszeitpunkt kein Verbot verhängt wurde. Der Saatgut- und Herbizid-Hersteller Monsanto, der von Bayer übernommen werden soll, gerät immer wieder in die Kritik wegen der Verwendung und Verbreitung zweifelhafter Stoffe. Gegenwärtig gilt Glyphosat als umstritten - das Pestizid soll krebserregend sein.

Die CDU hat sich auf ihrem Parteitag dafür ausgesprochen, dass Glyphosat weiterhin zugelassen werden soll. Die EU-Kommission hingegen will die Forschungsergebnisse prüfen lassen.

ERST AIXTRON, JETZT SILTRONIC: DEAL PLATZT

Der Halbleiter-Zulieferer Siltronic schließt keinen Deal mit chinesischen Investoren. Die National Silicon Industry Group hatte Interesse an einer Mehrheitsbeteiligung am Münchener Unternehmen, die Verhandlungen wurden nun ohne Ergebnis beendet. Der gegenwärtige Mehrheitsaktionär Wacker Chemie sei nicht bereit gewesen, die Anteile unter dem aktuellen Marktwert zu verkaufen. Nichtsdestotrotz möchte Wacker Chemie langfristig in die Minderheit gehen.

Erst kürzlich ist die Übernahme des deutschen Spezialmaschinenbauers Aixtron

geplatzt. Gegen den Kauf der US-Sparte hatte Präsident Obama ein Veto eingelegt. Die Technologie von Aixtron könne auch für militärische Zwecke missbraucht werden und würde dadurch ein Sicherheitsrisiko darstellen.

Der Beschluss wurde von chinesischer Seite stark gerügt - es würde sich dabei um einen marktverzerrenden Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit handeln.

Sigmar Gabriel betonte, er wolle den strauchelnden Chip-Hersteller Aixtron auf dem deutschen Markt weiter stabilisieren, um konkurrenzfähig zu bleiben.

MEHR WINDRÄDER TROTZ TRUMP

Obwohl der designierte US-Präsident Donald Trump viele seiner Wahlkampfversprechungen wieder zurückgezogen hat, bleibt er bei Windrädern hart. Er lehnt die Windkraft ab, sie sei aufgrund hoher Sub-

ventionen ein Desaster für Steuerzahler. E.On ließ verkünden, dass der Bau von 76 neue Anlagen in Texas beschlossen wurde. Die neuen Windmühlen sollen bereits Ende 2017 in Betrieb genommen werden.

ARBEITSLOSENZAHL SINKT - BEDARF NACH FACHKRÄFTEN WÄCHST

Die Bundesagentur für Arbeit meldet ein neues Rekordtief der Arbeitslosenzahlen im November. Im Vergleich zu Oktober waren 101.000 Personen weniger arbeitslos gemeldet. Der Aufschwung sei weniger konjunkturbedingt, als saisonal verknüpft, sagte der Chef der Bundesagentur, Frank-Jürgen Weise. Viele Absolventen steigen

jetzt ins Berufsleben ein. Im Dezember folgt in der Regel die Winterarbeitslosigkeit. Trotz der gesunkenen Arbeitslosenzahlen vermeldet die Bundesagentur für Arbeit allerdings einen erhöhten Bedarf an Fachkräften im Vergleich zum Vorjahr.

681.000 Stellen sind derzeit frei - 71.000 mehr als im Vorjahr.

PERSONALIEN

BECK UNTERLIEGT BEI BEWERBUNG UM LISTENPLATZ DER GRÜNEN NRW

Volker Beck (55) ist am 3. Dezember auf einem Parteitag der Grünen Nordrhein-Westfalen nicht auf einen Listenplatz für die Bundestagswahl 2017 gewählt worden. Bei seiner Bewerbung um Platz 12 der NRW-Landesliste verlor er mit 22 Prozent der Stimmen gegen den agrarpolitischen Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Friedrich Ostendorff. Auf eine Bewerbung für einen weniger aussichtsreichen Listenplatz verzichtete Beck, der seit 22 Jahren für die Grünen im Bundestag sitzt.

GRÜTTERS UND EVERS FÜHREN CDU BERLIN

Monika Grütters (54) ist am 2. Dezember auf einem Kleinen Parteitag zur neuen Vorsitzenden der CDU Berlin gewählt worden. Stefan Evers (37) wurde als neuer Generalsekretär gewählt. Für Grütters stimmten 78,4 Prozent der Delegierten, Evers konnte sich erst im zweiten Wahlgang mit einer knappen Mehrheit durchsetzen. Die CDU hatte bei der Abgeordnetenhauswahl im September nur 17,6 Prozent der Stimmen erhalten - ihr bisher schlechtestes Ergebnis.

WÖLKEN NEU IM EUROPAPARLAMENT

Timo Wölken (31) ist seit dem 14. November Abgeordneter im Europäischen Parlament. Er ist für Matthias Groot (SPD) nachgerückt. Als SPD-Mitglied gehört Wölken im Europäischen Parlament der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten an.

AUS DEN BOTSCHAFTEN

UNGARISCHE BOTSCHAFT ZU DEUTSCHEN MINDERHEITEN IM ÖSTLICHEN EUROPA

Diskussionsveranstaltung der ungarischen Botschaft und des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa zum Thema „Zwischen Kulturen und politischen Systemen? Deutsche Minderheiten im östlichen Europa unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie“, u.a. mit dem ungarischen Botschafter S.E. Péter Imre Györkös, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Hartmut Koschky und dem Direktor des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa Prof. Matthias Weber. Ungarische Botschaft, Unter den Linden 76, 101117 Berlin (Anmeldung erforderlich)

WORTE DER WOCHE

»Die Sozialdemokratie muss wieder zeigen, für wen sie da ist. Sie darf nicht nur als Managerin der Globalisierung daherkommen.«

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel.

»Ich kandidiere nicht für den Bundestag, um mir vier entspannte Jahre zu machen. Ich will – soweit das gewünscht ist – wieder Verantwortung übernehmen.«

Wolfgang Schäuble, Bundesfinanzminister.

»Wir wählen unsere Kanzler immer noch selbst und suchen sie nicht danach aus, wie Trump-Wähler urteilen.«

Julia Klöckner, CDU-Vizevorsitzende.

»Die Vollverschleierung ist bei uns nicht angebracht, sie sollte verboten sein, wo immer das möglich ist. Sie gehört nicht zu uns.«

Angela Merkel spricht sich für ein Burka-Verbot auf dem CDU-Parteitag aus.

»Die SPD muss mit dem Anspruch in die Bundestagswahl gehen, das Land führen zu wollen. Ich finde richtig, dass sie sich Machtoptionen offen hält, also auch die Machtoption Rot-Rot-Grün – wenn diese vernünftig umsetzbar ist. Dafür muss die Linke aber noch in einigen Punkten, gerade in der Wirtschafts- und Außenpolitik, von einigen unrealistischen Forderungen Abstand nehmen.«

Altkanzler Gerhard Schröder appelliert an die SPD den Willen zur Führung zu entwickeln.

»Ich glaube nicht, dass wir einen Wahlkampf über den Doppelpass machen.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel über die Debatte beim CDU-Parteitag über die doppelte Staatsbürgerschaft.

»Es ist traurig, dass die westlichen Länder, die mit ihrer Besorgnis um die Achtung der Menschenrechte und die humanitäre Situation in Aleppo sowie allgemein in Syrien protzen, tatsächlich ihren Kurs auf die Unterstützung von ausgerechnet Radikalen und Extremisten fortsetzen.«

Der russische Außenminister Sergej Lawrow über den Syrienkonflikt.

»Ich erwarte, dass die EU, Russland und China das Nuklear-Abkommen verteidigen werden.«

Ali Majedi, Botschafter der Islamischen Republik Iran, über die Drohung von Donald Trump das Abkommen aufzukündigen.

»Am Ende bin ich wirklich zufrieden. Das war ein richtiger Erfolg.«

Frank Bsirske, Verdi-Chef, über die Schlichtung von Gerhard Schröder im Fall Kaiser's-Tengelmann.

TERMINE

14.12. VENRO ZUR DEUTSCHEN G20-PRÄSIDENTSCHAFT

Diskussionsveranstaltung von VENRO - Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen und des Forums Umwelt und Entwicklung zum Thema „Globalisierung anders gestalten. Forderungen an die deutsche G20-Präsidentschaft 2017“ Kaiserin-Friedrich-Haus, Robert-Koch-Platz 7, 10115 Berlin (Anmeldung erforderlich).

18.12. GREGOR GYSI TRIFFT ... MIT FRITZ PLEITGEN

Gesprächsveranstaltung des Deutschen Theaters in der Reihe „Gregor Gysi trifft ...“ mit dem ehem. Intendanten des WDR Fritz Pleitgen und dem ehem. Vorsitzenden der BT-Fraktion Die Linke Gregor Gysi Deutsches Theater, Schumannstraße 13a, 10117 Berlin.

19.12. BBAW ZU DEN PFLICHTEN VON STAATEN GEGENÜBER FLÜCHTLINGEN

Gesprächsveranstaltung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) zum Thema „Justice, State, Migration“, u.a. mit dem Professor für Politik am Nuffield College in Oxford David Miller und dem Professor für Philosophie und politische Theorie an der LMU München Julian Nida-Rümelin Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Markgrafenstraße 38, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich)